

Hannover, 20. Februar 2009

Vorschläge der GEW zur Überwindung der Notlage in der personellen Ausstattung der niedersächsischen Schulen

Sicherung des Lehrernachwuchses für die kommenden 20 Jahre

- Erhöhung der Kapazitäten in der Lehrerbildung**
- Lehrerbildungsgesetz mit grundlegender Reform der Lehrerbildung**

1. Die Kapazitäten der Lehrerbildung an den Hochschulen (einschließlich einer Verbesserung der anwählbaren Fächerkombinationen) und in der zweiten Ausbildungsphase müssen drastisch angehoben werden. 2008 kamen Hochschulabsolventen nur mit der Note 1,7 direkt ins Referendariat, 2007 mit der Note 1,8. Die anderen kommen in die Warteschleife und stehen in Niedersachsen nicht oder nicht so schnell wie möglich zur Verfügung. Ziel: Es müssen so viele Lehramtstudierende gewonnen werden, wie für den Zusatzbedarf der nächsten Jahre und den künftigen Ersatzbedarf benötigt werden, einschließlich der „Verlustquote“ von Studienabbrechern, Berufs- und Bundeslandwechslern.

Der Stau in das Referendariat muss sofort beseitigt werden.

2. Eine grundlegende Reform der Lehrerbildung ist erforderlich, um genügend Interessenten für die Arbeit in der Sekundarstufe I zu gewinnen. Die Einteilung in die traditionellen Lehrämter in der Sekundarstufe I muss überwunden werden. Für alle Lehrerinnen und Lehrer muss das Studium mit einem BA von sechs und einem MA von 4 Semestern gleichwertig sein. Die Durchfallquote muss verringert werden. Dazu ist der Betreuungsschlüssel im Studium radikal zu verbessern. Die Massenveranstaltungen und fehlenden Tutorien sind eine Ursache der Studienschwierigkeiten.
3. Der Berufsanfang muss finanziell interessanter werden; die Bezahlung muss die Lebenshaltungskosten decken.
Die Referendarbezüge sind kurzfristig auf 1.600 Euro anzuheben.
4. Die Zwangsteilzeit im Angestelltenstatus für Grundschullehrkräfte muss zum Schuljahresbeginn 2009 beendet werden. Es ist zynisch, alle in freiwilliger Teilzeit Arbeitenden zu einer Anhebung ihrer Stunden aufzufordern und Berufsanfängerinnen die vollen Stellen zu verweigern.
In der Regel müssen allen Berufsanfängern Vollzeitstellen als Beamte angeboten werden.
5. Feuerwehrlehrkräfte müssen auf volle Stellen und für mindestens 1 Jahr fest angestellt werden.
Eine Einstellungsgarantie muss mit dem ersten Arbeitsvertrag ausgesprochen werden.
6. Die tarifliche Eingruppierung und Einstufung der Lehrkräfte und der sozialpädagogischen Fachkräfte muss deutlich angehoben werden. Dies ist ein Schlüsselthema bei den Tarifverhandlungen.
In der Laufbahn-Verordnung muss eine einheitliche Besoldung für alle Lehrämter auf Basis A 13 verankert werden.

Notmaßnahmen gegen den aktuellen Fachkräftemangel

Die Regierung muss endlich tätig werden, um gezielt den Mangel in bestimmten Fächern zu beheben. Bei der letzten Einstellungsrunde (2.700 Stellen) konnten im Gymnasialbereich 136 Stellen erst nach Umwidmung auf andere Fächer besetzt werden. Diese Anzahl steigt tendenziell an und ist bei der Berufsschullehrerausbildung schon jetzt eine Katastrophe.

1. Nachqualifizierung von Lehrkräften, die bereit sind fachfremde Mangelfächer zu unterrichten. Ziel ist es, die Bereitschaft, fachfremd zu unterrichten, zu erhöhen. Die wenigen bisher angebotenen Kurse sind hoffnungslos überzeichnet. Diese Kurse müssen Berufsanfängern und erfahrenen Lehrkräften offen stehen, die schon jetzt fachfremd unterrichten. Für diese Nachqualifizierung muss eine teilweise Freistellung vom Unterricht erfolgen.
2. An Hochschulen soll Absolventen in Mangelfächern, die bisher kein Pädagogikstudium absolviert haben, ein einjähriges Intensivstudium angeboten werden, das ihnen den Zugang zum Referendariat und damit in eine Beamtenlaufbahn eröffnet.
3. Solange nicht genügend Referendarplätze zur Verfügung stehen, können Hochschulabsolventen schon vor dem Referendariat in den Schulen unterrichten. Ein Platz im Studienseminar und eine Übernahme nach dem Referendariat ist vertraglich zu vereinbaren.
4. In der Sekundarstufe I, zumindest in den Eingangsklassen der Gymnasien, können auf Dauer Lehrkräfte mit dem Lehramt für Grund- und Hauptschulen und Realschulen eingesetzt werden, wenn ihre Arbeitszeit und Bezahlung entsprechend angepasst werden. Dies würde den Lehrereinsatz in den übrigen Jahrgangsstufen erleichtern. Die ehemalige Orientierungsstufe und die Gesamtschulen haben bewiesen, dass ein integrierter Lehrereinsatz möglich und nützlich ist. Dieser Lehrereinsatz darf nicht zu Lasten der nicht-gymnasialen Schulformen gehen und ist durch entsprechende Neueinstellungen zu kompensieren.

Unverzichtbare Bedingungen für diesen Unterrichtseinsatz:

- Lehrkräften für Grund- und Hauptschulen sowie Realschulen wird angeboten, auf eigenen Antrag an ein Gymnasium versetzt zu werden. Befristungen und Teilabordnungen sind unzulässig. Der Unterrichtseinsatz erfolgt ausschließlich an einer Schule.
 - Diese Versetzungen zugunsten der Schulform Gymnasium dürfen nicht zu Lasten der Versorgung in den anderen Schulformen führen.
 - Keinesfalls toleriert werden Zwangsabordnungen nach einer Reduzierung der Teilzeit.
5. Für Seiteneinsteiger muss eine ernsthafte pädagogische Qualifizierung bei voller Bezahlung erfolgen, bevor sie die Arbeit in den Schulen aufnehmen. Die Abbrecherquote von 70% ist kein Zufall. Ohne eine erheblich verbesserte tarifliche Eingruppierung und Einstufung wird es nicht gelingen, Seiteneinsteiger in nennenswertem Umfang zu gewinnen.

Mittelfristiger Plan für Lehrerbedarf

- Maßnahmen zur Überwindung der schlechten Unterrichtsbedingungen müssen im Rahmen eines Stufenplanes sofort beginnen

Wie viele Lehrkräfte werden in Zukunft benötigt? Diese Zahl ist nicht einfach proportional abhängig von den Schülerzahlen, wie manche glauben machen wollen. Die von der Regierung eingeführten schulpolitischen Maßnahmen, die den gestiegenen Bildungserwartungen der Eltern Rechnung tragen, die Lehr- und Lernbedingungen und nicht zuletzt die Arbeitsbedingungen müssen mit der erforderlichen Personalausstattung unterlegt werden.

Die GEW hat dafür im August 2008 3.000 zusätzliche Stellen gefordert. Zuvor müssen 2009 1.500 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden, damit das Lehrerarbeitszeitkonto ohne Folgen für die Unterrichtsversorgung zurückbezahlt werden kann.

Mit diesen Maßnahmen muss sofort begonnen werden, damit es glaubwürdig ist, dass sie auch tatsächlich in Angriff genommen werden. In Stufenplänen muss dann Schritt für Schritt eine Verbesserung erreicht werden. Eine Zielgröße ist jeweils auszuweisen.

Nur wenn eine solche mittelfristige Personalplanung zur Überwindung der katastrophalen Mangelsituation und zur Herstellung angemessener Bedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte und das nicht lehrende Schulpersonal aufgestellt werden, wird es der Landespolitik gelingen, die verlorengegangene Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen.

Um diese Pläne umzusetzen, bedarf es zunächst zusätzlicher Stellen auf der Basis eines vollständigen Ersatzes für die ausscheidenden Lehrkräfte. Wenn aufgrund der demografischen Entwicklung ein Entlastungseffekt bei der Unterrichtsversorgung auftritt, ist er solange ausschließlich für die Umsetzung der mittelfristigen Bedarfplanung zu verwenden, bis die Zielwerte der Mittelfristigen Planung erfüllt sind. Bis zum Erreichen diesen Ziels muss der Ersatzbedarf bei den Einstellungen vollständig erfüllt werden.

Es ist völlig unsinnig, in den nächsten Jahren überhaupt nur einen Gedanken daran zu verschwenden, es gebe zu viele Stellen im Schulsystem.

1. Die Klassenfrequenzen müssen gesenkt werden. Die Regierung soll einen Stufenplan vorlegen, wie in der Koalitionsvereinbarung versprochen.
Unser Ziel: 20 in der Grundschule, 25 in der Sek I, Rückkehr zu den alten Kursfrequenzen in der Sek II.
2. Die Ganztagschulen müssen erlasskonform mit Lehrerstunden ausgestattet werden. Für ca. 240 neu beantragte Ganztagschulen sind 2009 nur 40 Lehrerstellen vorgesehen. Das ist völlig unzureichend und reicht gerade für die Grundversorgung in Jahrgang 5 und 6, die bei grundsätzlichem Verzicht auf Stundenzuweisung gewährt wird. Diese Notlösungen müssen zügig überwunden werden. Auch müssen wieder gebundene (teilweise offene) Ganztagschulen zugelassen werden.
3. Brückenjahr, sprachliche Frühförderung, Integration/Inklusion in Grundschule und künftig in der Sekundarstufe brauchen eine gute Personalausstattung.
4. Der erfreulich stark gestiegene Anteil an Schülerinnen in der gymnasialen Oberstufe verursacht einen bedeutenden Zusatzbedarf an Lehrkräften, dem Rechnung getragen werden muss.
5. Die Unterrichtsverpflichtung muss mit dem Rückgang der Schülerzahlen im Rahmen eines Stufenplans gesenkt werden und zwar in allen Schulformen. In der Sekundarstufe II durch die Einführung einer Entlastung für Korrekturen.
25.000 Teilzeitanträge von 81.000 LehrerInnen signalisieren dringenden Handlungsbedarf!

Eberhard Brandt